

Stand: 24.06.2026 03:23:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4674

"Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4674 vom 22.01.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6160 des KI vom 02.04.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025
4. Beschluss des Plenums 19/6798 vom 21.05.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 21.05.2025



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Arif Taşdelen, Holger Gießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Katja Weitzel, Martina Fehlner, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD**

Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Sinne der bayerischen Fußballvereine, aber auch von allen anderen Veranstaltern von Sport- und Kulturveranstaltungen und insbesondere auch von Fans und Besucherinnen und Besuchern, von einer Abwälzung von Polizeikosten abzusehen.

Begründung:

Mit Urteil vom 14. Januar 2025 hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) entschieden, dass die Erhebung einer Gebühr für den polizeilichen Mehraufwand bei „Hochrisikospielen“ der Fußball-Bundesliga in der Freien Hansestadt Bremen mit dem Grundgesetz vereinbar ist (1 BvR 548/22). Die Verfassungsbeschwerde der DFL Deutsche Fußball Liga GmbH (DFL) blieb erfolglos.

Nach dem Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetz (BremGebBeitrG) wird in Bremen bei Veranstalterinnen und Veranstaltern für den polizeilichen Mehraufwand bei gewinnorientierten, erfahrungsgemäß gewaltgeneigten Großveranstaltungen mit mehr als 5 000 Personen eine Gebühr erhoben, welche nach dem Mehraufwand zu berechnen ist, der aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher Polizeikräfte entsteht.

Das BVerfG hat diese Regelung als verfassungskonform bewertet. Das BVerfG hat konkret hier zwar „nur“ zu der Gesetzgebung des Stadtstaats und Bundeslandes Bremen entschieden, allerdings könnte dies Signalwirkung für weitere Bundesländer entfalten, eine gleichlautende oder ähnliche gesetzliche Regelung zu beschließen. Tatsächlich kommen aus den Bundesländern dazu bis dato unterschiedliche Signale.

Vordergründig mag durch dieses Urteil nur die DFL und damit der Profifußball in der 1. und 2. Bundesliga betroffen sein. Perspektivisch hätte jedoch eine Umsetzung weitreichende (negative) Folgen für private Sport- und Kulturveranstaltungen im Land. Nach dem Wortlaut der Bremer Regelung sind sämtliche gewinnorientierte Großveranstaltungen mit mehr als 5 000 zu erwartenden Teilnehmenden und einem gewissen zu erwartenden Gewaltpotenzial erfasst. In der Praxis ist es damit also denkbar, dass sämtliche Sport-, aber auch Kulturveranstaltungen (Konzerte, Festivals, Volksfeste etc.) bzw. eben deren Veranstalter sich an den Kosten von Polizeieinsätzen beteiligen müssen.

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) sieht in dem Zusammenhang drohende Gebührenbescheide für viele Vereine, vor allem in der 3. Liga und der Regionalliga, als potenziell „existenzgefährdend“. Hochrisikospiele mit mehr als 5 000 Zuschauern gibt es eben dort auch. Gebührenbescheide in sechsstelliger Höhe könnte kein Verein unterhalb der

2. Bundesliga stemmen. Es geht also mitnichten nur um den Profifußball in der Bundesliga.

Und die Auswirkungen sind auch nicht nur auf den Fußball beschränkt. So erklärte bspw. der Geschäftsführer der Basketball-Bundesliga (BBL), dass eine solche Kostentragung auch für die Basketballvereine „ein großes Problem“ werden könne. So würden Basketball-Clubs in internationalen Wettbewerben gegen Mannschaften zum Beispiel aus der Türkei oder auch Israel spielen, wo stets viele Polizeikräfte im Einsatz seien, so der Geschäftsführer der BBL. Aktuell gilt etwa jedes Gastspiel einer israelischen Mannschaft in Deutschland quasi als Hochrisikospiel.

Darüber hinaus sind aber auch Volksfeste, Festivals und Konzerte etc. gewinnorientierte Veranstaltungen. Wenn es also hier in der Vergangenheit mal zu Gewalt kam, könnten sich auch dort künftig private Veranstalter mit polizeilichen Gebührenforderungen konfrontiert sehen, welche vermutlich dann durch Preiserhöhungen an die Besucherinnen und Besucher weitergegeben werden. Oder Veranstalter sehen gleich direkt von einer Ausrichtung ab.

Konsequenz der Entscheidung dürfte auch sein, dass sich künftig Veranstalter (DFL, DFB, Bayerischer Fußballverband, Vereine, aber eben auch Veranstalter von Volksfesten und Festivals etc.) und Staat (Polizei) regelmäßig im Hinblick auf die Gebührenhöhe vor Gericht treffen. Dabei dürfte dann diskutiert werden, ob die Gefahrenprognose der Polizei richtig war, bzw. ob es etwa ermessensfehlerhaft war, hier 200, 500 oder mehr (zusätzliche) Polizistinnen und Polizisten einzusetzen (und die entsprechende Gebühr dafür zu erheben), wenn dann bspw. „doch nichts passiert ist“. Auch über die Frage, was zum „räumlichen Umfeld“ gehört und was nicht, dürfte vor Gericht des Öfteren gestritten werden.

Und schließlich könnten Vereine als Konsequenz Gästefans einfach grundsätzlich ausschließen, da sie sich nicht in der Lage sehen, die entsprechenden Gebühren (ggfs. als Regressforderungen der DFL, des DFB oder des Bayerischen Fußballverbandes) zu tragen. Ebenso ist es natürlich auch hier denkbar bzw. vielmehr sogar zu erwarten, dass Eintrittspreise (signifikant) erhöht werden, um die Kosten weiterzugeben. Dies kann nicht der richtige Weg für Bayern sein.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere die Gewährleistung einer störungsfreien An- und Abreise der Besucherinnen und Besucher im öffentlichen Raum zu einer Veranstaltung, obliegt grundsätzlich der Polizei. Ein gesetzlicher Gebührentatbestand in Bayern würde keinen Beitrag zur Prävention von Gewalt leisten. Ebenso wenig würden dadurch Kräfte der Polizei geschont. Für uns ist deshalb im Sinne der bayerischen Bürgerinnen und Bürger klar, dass eine solche (gesetzliche) Kostenbeteiligung für Bayern nicht praktikabel und insofern auch abzulehnen ist.

Um den Gebühren zu entgehen, könnten Veranstalter natürlich zukünftig auch jeweils gleich eine „politische Großdemo mitanmelden“, welche als solche nicht von der Gebühren(beteiligungs-)pflicht umfasst wäre. Zum Beispiel etwa eine Demo gegen die Abwälzung von Polizeikosten auf Sport- und Kulturveranstaltungen. Ob dies jedoch wirklich der richtige Weg ist, darf bezweifelt werden.

Für Bayern soll und darf es unserer Auffassung nach aus den aufgezeigten Gründen keine Regelung wie in Bremen geben. Im Sinne der Fans, im Sinne der Besucherinnen und Besucher und im Sinne der bayerischen Vereine und Sport- und Kulturveranstalter.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christiane Feichtmeier,
Volkmar Halbleib u.a. SPD**
Drs. 19/4674

Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Christiane Feichtmeier**
Mitberichterstatter: **Alfred Grob**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 26. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 2. April 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Florian Siekmann
Stellvertretender Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich sämtliche Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags und Wahl einer Schriftführerin oder eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Haushalt

Der nächste langfristige Haushalt der EU
 (Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR)

- Leistung des EU-Haushalts
- Verwendung von EU-Mitteln zusammen mit Mitgliedstaaten und Regionen
- EU-Mittel für das auswärtige Handeln
- EU-Mittel für Katastrophenschutz, Vorsorge und Reaktion auf Krisen
- EU-Mittel für Wettbewerbsfähigkeit
- EU-Förderung für den Binnenmarkt, und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden
- EU-Mittel für grenzüberschreitende, allgemeine und berufliche Bildung und Solidarität, junge Menschen, Medien, Kultur und Kreativwirtschaft, Werte und die Zivilgesellschaft

12.02.2025 - 07.05.2025

Drs. 19/5480, 19/6235

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6235 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen
COM(2025) 46 final; Ratsdok. 6184/25
BR-Drs.78/25
Drs. 19/5838, 19/6236

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6236 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!
Drs. 19/4674, 19/6160 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Bayern ist Honigland: Europäisches Referenzlabor im Freistaat ermöglichen
Drs. 19/4731, 19/6058 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ergebnisse des Normenkontrollrates veröffentlichen!
Drs. 19/4753, 19/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan QUEER: alle Ministerien in die Pflicht nehmen – keine Kürzungen bei laufenden Projekten!
Drs. 19/4805, 19/6062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachrechnen ermöglichen – mehr Transparenz bei der Grundsteuerreform
Drs. 19/4815, 19/6161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Bericht über Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Vergleichsstudie ICILS 2023
Drs. 19/4887, 19/6071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft:
Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden
Drs. 19/4892, 19/6077 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Isar II sicherstellen
Drs. 19/4893, 19/6078 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böttl, Andreas Schalk u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der Staat als Kunde – Vergabeverfahren Startup-freundlicher gestalten
Drs. 19/4971, 19/6084 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Sonderurlaub bei Todesfall
Drs. 19/4983, 19/6063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

13. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Ekel-Food kennzeichnen – Schockbilder auf Lebensmittel mit Insektenanteil anbringen!
Drs. 19/4985, 19/6087 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren I: Illegale Abfallentsorgung von Windenergieanlagen entschieden bekämpfen
Drs. 19/4993, 19/6088 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren II: Moratorium für bestehende Windkraftprojekte auf den Weg bringen
Drs. 19/4994, 19/6089 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen
Drs. 19/4997, 19/6162 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO₂-Abgabe abschaffen!
Drs. 19/5004, 19/6090 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Doris Rauscher u.a. SPD
Sprachstandstests korrekt umsetzen und Lehrkräfte angemessen entlohnen
Drs. 19/5019, 19/6072 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Holger Gießhammer u.a. SPD
Kein Maulkorb für die Kirchen – die Stimme der Menschlichkeit kann gar nicht laut genug sein
Drs. 19/5021, 19/6073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitale Ausgabe von Parkausweisen für Handwerkerinnen und Handwerker, Handelsvertretungen und Soziale Dienste ermöglichen
Drs. 19/5087, 19/6098 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Gebührenbescheide an Drittligisten –
Stadionallianzen ausbauen und Polizeikosten reduzieren
Drs. 19/5088, 19/6163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Zwischenergebnisse der Pilotprojekte
zum Gebäudetyp E
Drs. 19/5092, 19/6099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Alfred Grob u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anreize für den Lehrberuf erhöhen –
Einstellungs- und Versetzungsverfahren optimieren
Drs. 19/5105, 19/6074 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Helmut Schnotz, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modernisierung des Förderwesens durch Einführung einer volldigitalen Förderplattform
Drs. 19/5124, 19/6079 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Biss in die Zukunft: Kostenloses Obst und Gemüse für alle Kinder in Bayern!
Drs. 19/5131, 19/6059 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Bundesmittel für die Eingliederungshilfe
Drs. 19/5133, 19/6064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Konzeption und Implementierung eines digitalen Finder-Systems für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung
Drs. 19/5169, 19/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Martin Wagle, Robert Brannekämper u.a. CSU
Neue Perspektiven zur Gewinnung von Spitzenforschern in zukunftssträchtigen Bereichen für den Wissenschaftsstandort Bayern stärken! Möglichkeiten nach dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten nutzen.
Drs. 19/5180, 19/6061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Erkundung und Bewertung von Wasserstoffvorkommen in den Bayerischen Alpen
Drs. 19/5186, 19/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine Neuausrichtung von Provenienzforschung und Restitution in Bayern
Drs. 19/5187, 19/6060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Koalitionsvertrag einhalten: Grundstückskäufe für die 3. Startbahn am Flughafen München sofort einstellen!
Drs. 19/5204, 19/6086 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Auswirkungen der CO₂-Abgabe auf die bayerische Wirtschaft eruiieren und tragfähige Konzepte zum Schutz heimischer Unternehmen entwickeln
Drs. 19/5206, 19/6081 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solarstrom in Bayern effektiv nutzen und Abregelungen reduzieren – Netzengpässe beheben und weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglichen
Drs. 19/5208, 19/6082 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Süßkartoffeln nicht als Genussmittel betrachten, Steuersatz anpassen!
Drs. 19/5392, 19/6085 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VII – Zügige und unbürokratische
Anerkennung ausländischer Abschlüsse
Drs. 19/5475, 19/6066 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VIII – Fachkräfte gewinnen
Drs. 19/5476, 19/6067 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas IX – Stärkung der Ausbildung
Drs. 19/5477, 19/6068 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas X – Unterschiede in den regionalen
Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten
Drs. 19/5478, 19/6069 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
ALKIS-Freischaltung der Eigentümerdaten
Drs. 19/5678, 19/6100 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Carolina Trautner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung für Menschen mit Behinderung: Runder Tisch und weitere Verbesserungen für Eltern und Betroffene bei der Einrichtungssuche
Drs. 19/5752, 19/6070 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Arif Taşdelen, Holger Gießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Katja Weitzel, Martina Fehlner, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 19/4674, 19/6160

Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Horst Arnold

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Alfred Grob

Abg. Richard Graupner

Abg. Bernhard Heinisch

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Volkmar

Halbleib u. a. (SPD)

Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!

(Drs. 19/4674)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag ist eigentlich eher zur Prävention, dafür, dass nicht die Büchse der Pandora geöffnet wird,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die womöglich Kosten aufgrund von Polizeieinsätzen generiert, wo eigentlich Sinn und Zweck und das weitergehende Perspektivische kontraproduktiv wären.

Hintergrund ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Januar 2025, die es dem Land Bremen mit seinem Gebühren- und Beitragsgesetz ermöglicht hat, polizeiliche Kosten für sogenannte Hochrisikospiele auf den Veranstalter abzuwälzen. In dem konkreten Fall waren das für ein Spiel, Werder Bremen gegen HSV, insgesamt 380.000 Euro, die in dem Zusammenhang zusätzlich angefallen wären.

Das mag jetzt sehr charmant klingen, weil man hört, dass in diesen Bereichen natürlich Transfersummen in Millionenhöhe und Werbeeinnahmen in nicht unerheblicher Art und Weise erzielt werden, dass es die Großkopferten trifft, aber für Bayern als Flächenland trifft das eigentlich nicht zu. Denn dieses Gesetz sieht vor, dass bei privatnützigen Veranstaltungen mit Gewinnerzielungsabsicht mit über 5.000 erwarteten Zuschauern entsprechende Maßnahmen von der Polizei berechnet und umgelegt werden können. Für Bayern ist nicht nur Fußball in der 1. und 2. Liga entscheidend. Wir

haben eine Regionalliga, wir haben tatsächlich auch Eishockey, wir haben Handball- und Volleyball-Veranstaltungen und natürlich auch zahlreiche Kulturveranstaltungen, die ebenfalls darunterfallen, egal, ob das Weihnachtsmärkte sind oder ob das Konzerte sind, beispielsweise Open-Air-Feste mit Klezmer-Hintergrund, die möglicherweise ähnliche Sicherheitsrisiken bergen.

All dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir uns ja demnächst darum bewerben wollen, die Olympischen Spiele hier in Bayern durchzuführen. Das würde auch dazu führen, dass theoretisch eine Überwälzung der Kosten auf die Veranstalter möglich ist. Das ist natürlich in dem Bereich nichts anderes als hemmend: Auf der einen Seite hemmt das die Initiative von Veranstaltungen und insoweit auch von entsprechenden Vereinen, aber es wirkt auch eindämmend, was die Kulturvielfalt und das Bunte in Bayern betrifft.

Wir haben in diesem Zusammenhang andere Vorstellungen und glauben, dass diese Überwälzung von Polizeikosten, die vielleicht für das Land Bremen in seiner Übersichtlichkeit möglich ist, auf Bayern nicht zutreffen kann. Wir würden zudem damit auch Bürokratie schaffen; Bürokratie, weil die Polizei – laut Auskunft des Innenministeriums – bislang nicht in der Lage ist, entsprechende Kosten trennscharf abzugrenzen.

Auf Grundlage dieses Gesetzes würden wir auch die Möglichkeit haben festzustellen, dass gegen Gebührenbescheide – und zwar gegen jeden einzelnen – geklagt wird. Er wird im Prinzip keine Klarheit geschaffen, und der positive Effekt, nämlich Kosten einzutreiben, bleibt in diesem Zusammenhang auf der Strecke.

Es ist auch nicht auszuschließen, dass möglicherweise vor Großveranstaltungen Demonstrationen stattfinden, die nicht gewinnorientiert ausgerichtet sind, sodass also diese Demonstrationen polizeilich begleitet und geschützt werden müssen – je nachdem –, um dann hinterher dieses Großereignis stattfinden zu lassen, auf dessen Gebührenfähigkeit man sich beschränkt hat.

Auch die Beteiligten sprechen davon, dass eine Existenzgefährdung besteht. Ich möchte schließen mit der Antwort des Innenministeriums auf meine Anfrage:

"Einsätze, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich sind, stellen eine Kernaufgabe des Staates dar. Sie sind [...] grundsätzlich kostenfrei. Insofern wurden durch die bayerische Polizei keine Aufzeichnungen den entstandenen Kosten geführt [...]."

Wir sind der Ansicht: So soll es bleiben, so ist es sinnvoll. Deswegen hoffe ich, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. Der Kollege Max Deisenhofer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Lieber Kollege Arnold, wir haben das Thema im Innenausschuss ja schon ausführlich diskutiert. Nachdem die SPD es heute hochgezogen hat, würde mich doch interessieren: Sie haben ja völlig zu Recht – der Antrag ist richtig, wir werden ihn auch unterstützen – davon gesprochen, dass er zur Prävention ist, weil eventuell die Büchse der Pandora geöffnet werden könnte. Jetzt war es aber ein SPD-Innenminister in Bremen, der den ganzen Zinnober angefangen hat. In den ersten Reaktionen auf das Urteil waren es nach meinen Informationen auch die Innenminister Grote, Ebling und Jost – alle drei von der SPD –, die sich offen gezeigt haben, das auch einzuführen.

Sie haben gesagt, dass Bremen kein Flächenland ist. Ich habe noch nicht verstanden, warum es in Bremen und vielleicht in Rheinland-Pfalz sinnvoll sein soll, aber in Bayern nicht. Inhaltlich sind wir völlig d'accord, aber warum die SPD das jetzt zum großen Thema macht, wenn sie selber den Zinnober angefangen hat, habe ich bis jetzt nicht verstanden.

Horst Arnold (SPD): Die Kulturlandschaft in Bremen ist überschaubar, weil das ein Stadtstaat ist.

(Heiterkeit des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der war gut!)

Sie haben in dem Zusammenhang auch nur einen Verein, der eine Rolle spielt,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zwei!)

während wir hier in Bayern wesentlich mehr Vereine haben. Das muss man so deutlich sagen. Wenn die Kolleginnen und Kollegen bei der SPD in ihren Länderinteressen tätig werden, heißt das ja noch lange nicht, dass die Bayern-SPD oder die SPD-Landtagsfraktion diese Lösungen eins zu eins für Bayern übernehmen muss.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie in diesem Kontext glauben, grüne Lösungen aus anderen Bundesländern hier einführen zu können, dann würden Sie genauso Kopfschütteln ernten. Wir wollen hier eine Kulturvielfalt. Wir wollen hier eine sportliche Vielfalt, ohne dass die Veranstalter das Risiko haben, möglicherweise existenzbedrohende Kosten zahlen zu müssen. Das ist auch nicht Sinn und Zweck der Veranstaltung, weil nämlich die Bürokratie im Land zu bekämpfen und nicht aufzubauen ist.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion spricht Kollege Alfred Grob.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es jetzt eigentlich relativ kurz machen, um uns Zeit zu sparen. Ich könnte den schönen lateinischen Spruch "alea iacta est" verwenden: Die Entscheidung ist gefallen. Die Würfel sind nämlich gestern bei der Bayerischen Staatsregierung gefallen. Es ist beschlossen worden, was ich sehr begrüße, dass der polizeiliche Mehraufwand bei

solchen Veranstaltungen nicht auf die Vereine umgelegt wird. Die Gründe dafür haben wir im Ausschuss behandelt. Das würde die Vereine belasten, das würde andere Veranstaltungen belasten, das würde einen Bürokratieaufwand bei der Polizei nach sich ziehen. Die Polizei hätte Schwierigkeiten, die Standardkosten und die Mehrkosten auseinanderzuhalten.

Insofern bin ich froh, dass unser Minister Joachim Herrmann seine Hausaufgaben, die er versprochen hat zu machen, auch gemacht hat: Er hat mit den Profivereinen der Ersten bis Dritten Bundesliga geredet. Wir haben die Ergebnisse, dass die Stadionallianzen ausgebaut werden, dass die Bundesliga-Vereine noch mehr Energie auf den Schutz der Stadien und des Stadionumfelds verwenden. Insofern bin ich froh, dass die Entscheidung jetzt so schnell nach der Diskussion im Ausschuss gefallen ist. Damit hat sich der Antrag der SPD erledigt oder selbst überholt. Deswegen können wir ihn getrost ablehnen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Im Ergebnis wird das, was beantragt ist, auch so kommen. Ich schenke Ihnen damit ein wenig Zeit. Das Ergebnis ist das gleiche. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner: der Kollege Richard Graupner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Die Informationen waren auch für mich ganz neu, weil wir noch auf dem Stand waren, dass das zunächst einmal geprüft werden soll. Offensichtlich ist das jetzt geschehen.

Wir waren in dieser Angelegenheit zwiegespalten. Die Argumente seitens der SPD waren durchaus nachvollziehbar. Die Kostenabwälzungen können insbesondere für finanzschwache Vereine etwa in der 3. Liga oder in der Regionalliga auf der einen Seite tatsächlich existenziell bedrohend sein. Auf der anderen Seite war ein Bedenken, das auch wir im Innenausschuss hatten: Was sagt möglicherweise der Rechnungshof dazu? Sagt der Rechnungshof möglicherweise: Moment mal, hier haben wir ein Urteil, und es ist möglich, diese Polizeikosten geltend zu machen. Warum tut ihr das nicht? – Das sehe ich noch ein bisschen als Damoklesschwert im Hintergrund.

Aber wenn die Entscheidung so gefallen ist, wie ich das gerade gehört habe, kann ich meine Rede insoweit abkürzen und sagen: Der Antrag hat sich erledigt.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Heinisch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Heinisch (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich dem nur anschließen. Ich möchte das nicht zu weit in die Länge ziehen, wie der Kollege Grob von der CSU schon gesagt hat. Aus diesem Grund werden auch wir den Antrag der SPD ablehnen.

Wir haben im Innenausschuss bereits einen Gegenantrag gestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser sieht vor, dass die Staatsregierung im Landtag nach Abschluss der Gespräche mit den Fußballvereinen und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Karlsruher Urteils einen schriftlichen Bericht vorlegt. Erst auf dieser Basis kann verantwortungsvoll entschieden werden, ob eine Kostenbeteiligung von Veranstaltern überhaupt in Betracht kommt oder ob es andere Maßnahmen gibt, mit denen man Belastungen der Polizei bei Hochrisikospielen wirksam reduzieren kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen bei dieser Debatte keine Symbolpolitik, sondern Sorgfalt, Augenmaß und gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Max Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein bisschen etwas müssen wir schon noch zu dem Thema sagen. Ich begrüße es, wenn das Kabinett das gestern so beschlossen hat, weil das die einhellige Meinung im Innenausschuss war. Aber ich möchte an die Diskussion im Innenausschuss erinnern: Die SPD und auch wir GRÜNEN haben Anträge vorgelegt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mit denen die Positionierung, die die Staatsregierung jetzt vorgenommen hat, mehr oder weniger eingefordert wurde. CSU und FREIE WÄHLER haben sich damals in einen Berichts Antrag gerettet und sind hinter die Position der Staatsregierung zurückgefallen, die damals schon auf Schriftliche Anfragen geantwortet hat: Wir wollen überhaupt keinen Zwang ausüben.

Jetzt ist drei Monate lang überhaupt nichts passiert. Von dem von den Regierungsfraktionen beantragten Bericht haben wir bis heute überhaupt nichts gehört. Jetzt wird aber heute hier so nebenbei am Rednerpult verkündet, dass das gestern beschlossen worden ist. Wie gesagt: Inhaltlich war das kein Unterschied. Aber wie sich die Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

da verhalten haben, ist nicht zum Feiern.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die Debatte ist schon ein bisschen vielschichtiger. Wir haben im Ausschuss ausführlich darüber diskutiert: Wollen wir der Spielvereinigung Unterhaching in Rechnung stellen, wenn Waldhof Mannheim kommt? Wollen wir Jahn Regensburg in Rechnung stellen, wenn Dynamo Dresden kommt? Wollen wir in Rechnung stellen, wenn Rot-Weiss Essen im Grünwalder Stadion gegen 1860 München spielt? Es ist vorher schon gesagt worden: Von den 24 Risikospiele in Bayern haben 14 in der 3. Liga stattgefunden. Von den 24 Spielen insgesamt waren überhaupt nur 4 Spiele, bei denen 2 bayerische Vereine gegeneinander gespielt haben.

Das heißt, wir hätten nur Mannschaften aus Bayern bestraft, die mit Mannschaften in einer Liga spielen, die eine problematische Fanszene haben, wofür unsere bayerischen Vereine aber recht wenig können. Da ist es richtig und wichtig, dass wir eine klare Linie ziehen, im zweiten Schritt auch im Hinblick auf Kulturveranstaltungen, auf Demonstrationen oder auf das Oktoberfest, wo sich die ganzen Fragen erneut stellen würden.

Wir wollen aber – ich glaube, da, liebe Kolleginnen und Kollegen, besteht Einigkeit im Hohen Haus – Polizeikosten, wo es möglich ist und wo es mit der Sicherheit vereinbar ist, reduzieren. Wir wollen das auch bei Fußballspielen tun.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bei Risikospiele gelten im Übrigen nicht mal bayernweit einheitliche Kriterien, wann ein Fußballspiel ein Risikospiele ist, geschweige denn bundesweit. Das wäre eh noch zu klären gewesen. Wir glauben, dass bei normalen Fußballbegegnungen die Möglichkeit zur Kosteneinsparung und hin und wieder für einen kleineren Polizeieinsatz da ist.

Es gibt das Modell der Stadionallianzen, in Baden-Württemberg entwickelt und vom dortigen Innenministerium erprobt. Dadurch sind Zehntausende Polizeistunden gespart worden. Wir haben uns jetzt in Bayern auf den Weg gemacht mit zwei Pilotprojekten. Diese sollte man ausbauen. Viele von euch waren schon im Stadion oder

haben Polizeieinsätze begleitet von Polizei im Stadion. Es gibt genügend Spiele, bei denen nichts passiert. Fußballspiele in Bayern sind sicher.

Wenn wir da den Kräfteansatz und damit auch den Kostenansatz herunterbekommen, dann wären wir bei der ganzen Debatte mindestens so weit, wie wenn wir bei Hochrisikospiele Gebührenbescheide ausschicken würden. Nur geht das einfacher, ist billiger und unbürokratischer. Diesen Weg sollten wir dann auch gemeinsam weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend will ich an dieser Stelle etwas klarstellen, weil in der politischen Debatte, aber vor allem in der medialen Darstellung an der einen oder anderen Stelle übertrieben wird. Wir fragen das auch immer ab. Das Innenministerium beantwortet die Anfragen sehr detailgenau. Herr Innenminister, dafür vielen Dank. Da sieht man klar: Fußballspiele in Bayern sind sichere Veranstaltungen, die man jederzeit auch mit Familie gut und gerne besuchen kann. Fußballfans sind keine Verbrecher. Wenn wir den Weg der Stadionallianzen weitergehen, dann haben wir uns auf den richtigen Weg gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung, zunächst der Kollege Alfred Grob.

Alfred Grob (CSU): Herr Deisenhofer, ich bin ein bisschen verwundert. Ich hatte eher gedacht, dass Sie sich freuen. Ich habe ja die Diskussion im Innenausschuss mitbekommen. Wir haben damals gesagt, wir wollen die rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Folgen des Urteils prüfen. Wenn die Prüfung abgeschlossen ist, gibt es eine Entscheidung. Die Entscheidung ist, weil unser Minister schnell gearbeitet hat, jetzt da. Deswegen verstehe ich nicht, was da von unserer Seite falsch gelaufen sein soll. Ich sehe es eher so, dass Sie jetzt ein bisschen überrascht sind über das

Ergebnis und Ihre Rede irgendwie zurechtgerückt haben. Wenn Sie einfach sagen, ja, es passt, dann wäre ja alles okay. Das wäre schön.

(Beifall bei der CSU)

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Lieber Kollege Grob, inhaltlich freue ich mich, dass CSU und FREIE WÄHLER auf die Linie von GRÜNEN und SPD aus dem Ausschuss eingeschwenkt sind. Da sage ich an der Stelle vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hätten das Ganze – Kollege Hofmann, Sie waren leider im Innenausschuss im Februar nicht dabei – am 26. Februar einfacher haben können.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist lächerlich!)

Jetzt hat man halt noch drei Monate gebraucht.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist doch Quatsch!)

Aber ich bedanke mich dafür, dass Sie die Position übernommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): So kann man es sich schönreden! – Michael Hofmann (CSU): Entweder prüft man oder man prüft nicht!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der Kollege Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Kollege Deisenhofer, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe nur eine Frage. Wir sind ja beide in der Opposition. Können Sie tatsächlich bestätigen, dass heute erstmals, zu diesem Zeitpunkt und keine Sekunde früher, diese Neuerung gekommen ist, dass man tatsächlich diese Absicht so verfolgt, wie sie beantragt ist, oder haben Sie in diesem Zusammenhang vorher schon Kenntnis gehabt? Ist da etwas mitgeteilt worden in der innerparlamentarischen Kommunikation?

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Ich habe mir gestern die Pressekonferenz nach der Kabinettsitzung angeschaut und habe die dazugehörige Pressemitteilung gelesen. Da war nach meiner Erinnerung nichts zu dem Thema dringestanden. Deswegen habe ich, muss ich ehrlich sagen, gerade eben zum ersten Mal von dieser Neuerung erfahren.

(Heiterkeit bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat der Staatsminister Joachim Herrmann um das Wort gebeten.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns einig, dass diese aktuelle Diskussion durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Januar 2025 belebt wurde. Sie hat in der Tat die Regelung des Landes Bremen für zulässig erklärt. Wir sind da nach meiner politischen Bewertung zunächst einmal bei einem typischen Thema, das wir bei vielen anderen bürokratischen Fragen, lieber Kollege Walter Nussel, auch immer wieder erleben: Die Tatsache, dass, egal ob Verwaltungsgerichte oder Verfassungsgerichte, ein bestimmtes Verhalten von Politikern oder Verwaltungen in einer bestimmten Angelegenheit, in einer bestimmten Situation für zulässig erklärt wird, heißt noch lange nicht, dass plötzlich jeder im ganzen Land meinen muss, er müsse das jetzt auch so machen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Gericht hat ein bestimmtes Handeln nur für zulässig erklärt. Das heißt aber nicht, dass das alle so machen müssen.

Wenn jetzt einige Kolleginnen und Kollegen überrascht sind, dann möchte ich auf die Presseerklärung hinweisen, die der Ministerpräsident am 14. Januar abgegeben hat. Ich kann mich noch gut daran erinnern, weil damals die CSU-Landtagsklausur in Kloster Banz stattgefunden hat. In mehreren Medien können Sie das nachlesen: Unmittel-

bar nach Verkündung des Urteils hat der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder erklärt, dass wir in Bayern die Fußballvereine für die Kosten von Polizeieinsätzen nicht zur Kasse bitten wollen.

(Zuruf von der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was hat er gesagt?)

Wir wollen mit den Vereinen reden. Wir wollen aber auf keinen Fall Zwang ausüben.

(Beifall bei der CSU)

Sie können das in der "Süddeutschen Zeitung" und in allen möglichen Medien nachlesen. Er hat das noch am selben Tag erklärt. Entschuldigung, noch schneller kann der Bayerische Ministerpräsident die bayerische Opposition nicht informieren, als dass er am selben Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sein Urteil verkündet, sofort dazu die bayerische Reaktion verkündet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch schneller geht es doch nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf – Michael Hofmann (CSU): Aber dann solche Anträge stellen! – Volkmar Halbleib (SPD): Was war denn dann das im Ausschuss?)

Wir haben da oder dort, das räume ich ein, schon echte Probleme mit der Sicherheit. Ich sage das, wenn ich an die Auseinandersetzung vor zwei Wochen in Nürnberg denke, als Fans aus den Gruppierungen des 1. FC Nürnberg und des 1. FC Köln wohlgermerkt außerhalb des Stadions auf offener Straße versucht haben, sich gegenseitig massiv anzugehen. Die Polizei hat aber sehr schnell eingegriffen und eine ganze Reihe von Leuten festgenommen. Das sind Themen, die wir ernst nehmen müssen. Mich macht das nach wie vor besorgt. Ich bin mit den Vereinen in Kontakt. Ich habe im April alle Vereine der 1., der 2. und der 3. Liga in Bayern zum Gespräch eingeladen, um über das weitere Vorgehen zu reden. Dabei denke ich besonders an das, was mittlerweile schon außerhalb der Stadien, auf Anreisewegen und anderswo geschieht. Bei der Anreise beispielsweise am Münchner Hauptbahnhof oder am Mari-

enplatz ist es zu Schlägereien gekommen. Das allein macht schon deutlich, dass man nur begrenzt weiterkommt, wenn man die Mehrkosten für Einsatzzeiten im Stadion einem Verein in Rechnung stellt.

Das Beispiel FC Bayern ist angesprochen worden. Der HSV steigt jetzt wieder in die 1. Liga auf. Früher war es beispielsweise häufiger ein Problem, wenn der HSV nach München kam. Wenn der HSV am Münchner Marienplatz eine Schlägerei veranstaltet, soll ich dann dem FC Bayern in Rechnung stellen, dass die bayerische Polizei auch mit Reservekräften usw. am Marienplatz präsent ist?

Sie, lieber Herr Deisenhofer, haben aber zu Recht darauf hingewiesen: Wer hat denn den ganzen Zirkus angezettelt? Das war das Land Bremen. Das dürfen die. Unser Föderalismusverständnis ist groß. Die dürfen das in Bremen so machen, wenn sie meinen, das machen zu müssen. Wir haben zu keinem Zeitpunkt gesagt, dass wir so etwas für vorbildlich halten. Alle anderen Innenminister waren sich bislang eigentlich einig, dass wir das nicht machen wollen. Aus dieser Phalanx sind nach dem Gerichtsurteil des Bundesverfassungsgerichts allerdings einige ausgebrochen, wie Herr Deisenhofer zu Recht sagte. Das muss man auch diskutieren. Das waren aber ausschließlich Kollegen der SPD. Stichwort: Föderalismusverständnis. Auch das dürfen sie bei sich machen, wenn sie das wollen. Wir wollen das aber bei uns in Bayern nicht machen.

Ich habe bei dem Gespräch mit den Vereinen im April klargestellt, dass wir jetzt schrittweise bei allen Vereinen die sogenannten Stadionalianzen installieren wollen, im Rahmen derer dann regelmäßig die Vereinsführungen, die Vertreter der verschiedenen Fanclubs und die Vertreter der Städte und Gemeinden und der Polizei sich treffen und darüber sprechen, wie man deeskalieren und Ausschreitungen verhindern kann. Fraglich ist, was man für die Sicherheit der Menschen tun kann, damit auch Familien mit kleinen Kindern an einem Samstagnachmittag so ein Spiel besuchen können und keine Angst haben müssen, in eine Schlägerei zu kommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darüber sind wir uns einig. Das ist unser Weg in Bayern. Deshalb gibt es für diesen Antrag der SPD keinen Anlass. Es gibt niemanden, auch in diesem Hohen Hause nicht, der ein solches Gesetz in Bayern einführen möchte. Es ist schön, wenn wir uns darüber einig sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Maximilian Deisenhofer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Innenminister, vielen Dank für die Klarstellung zum Zeitablauf am Ende Ihrer Rede. Wir haben die Aussagen des Ministerpräsidenten wahrgenommen. Genau ihretwegen war die Diskussion im Ausschuss auch so überraschend. Sie haben auf Anfragen zum Plenum, unter anderem auch von mir, schon geantwortet, dass es keinen Zwang geben solle. Deswegen habe ich nicht verstanden, weshalb die Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER im Ausschuss das nicht auch so gesehen haben, sondern in der Zeitschiene etwas anderes machen. Dies nur zur Klarstellung.

Vielen Dank, dass Sie die Stadionallianzen jetzt in allen Punkten einführen. Ich glaube, das ist ein guter Schritt. Übrigens: Der zweite Antrag, der im Ausschuss abgelehnt worden ist, war der Antrag auf Drucksache 19/5088. In ihm steht genau das mit den Stadionallianzen drin. Deshalb auch vielen Dank für die Umsetzung. Können Sie abschließend sagen, ob Sie die Fußballspiele und Sportveranstaltungen in Bayern weiterhin für sichere Veranstaltungen halten, zu denen man guten Gewissens gehen kann?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ja, natürlich kann man die Sportveranstaltungen in Bayern besuchen. Ich halte jeden Zipfel Bay-

erns für sehr sicher – auf jeden Fall für weit sicherer als andere Gegenden. Das betone ich immer wieder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In der Tat hat sich in Diskussionen der letzten Monate immer wieder gezeigt: Es gibt in Bayern keine No-go-Areas. Selbstverständlich gibt es Herausforderungen in der inneren Sicherheit, aber sobald wir Probleme erkennen, gehen wir diesen nach.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben das zum Beispiel bei dem Alten Botanischen Garten in München gesehen und sehen die Situation am Hauptbahnhof in Regensburg. Wir haben das aufgegriffen. Wir werden das auch weiterhin machen. Wenn ein Problem erkannt wird, dann gehen wir zusammen mit Vertretern der Kommunen hin und fragen uns, was wir für die Sicherheit der Menschen tun können. Die Menschen in unserem Land fühlen und spüren das. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, und freue mich, wenn das von Ihrer Partei bzw. Fraktion auch so gesehen wird. Wir sollten weiterhin gemeinsam für die Sicherheit der Menschen in unserem Land bestmöglich arbeiten. Dazu gehört in der Tat auch, dass man Freizeitveranstaltungen ohne Angst und mit Vergnügen besuchen können muss. Genau so soll es auch sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Staatsminister, die zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung wurde zurückgezogen. Es gibt keine weitere Meldung zu einer Zwischenbemerkung.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): So ist es recht!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich wünsche allseits einen schönen Abend.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen diesem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe nun die namentliche Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 9, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/5087, auf.

Wir beginnen mit der Abstimmung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19:28 bis 19:31 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.